

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Tageblatt, Pulsnitz, Kreisamt. Bezirksamteiler

Wochenblatt Postkonten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz, und Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundziffern in Pf. Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelandet der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörnberg, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Freibersdorf, Tschelmenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 161

Donnerstag, den 12. Juli 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Montag, den 16. Juli 1928 öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Kamenz. — Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 11. Juli 1928.

Zur Erörterung des Vergleichsvorschlags des Fabrikanten Johannes Gotthelf Burche in Pulsnitz, alleinigen Inhabers der Firma J. G. Burche, wird eine Gläubiger-Versammlung auf

den 17. Juli 1928, vormittag 11 Uhr

vor das Amtsgericht Pulsnitz einberufen.

Amtsgericht Pulsnitz, den 11. Juli 1928.

Bekanntmachung

In hiesiger Gemeinde ist seit längerer Zeit beobachtet worden, daß Abfall- und Wirtschaftswasser ohne Genehmigung durch Abfuhrrohre den öffentlichen Straßengraben zugeführt werden.

Auch wird an verschiedenen Stellen Abfall- und Wirtschaftswasser, sowie Ur- und aller sonstiger Unrat in den öffentlichen Straßengraben geschüttet.

Da diese Handlungsweise einen unakzeptablen Eindruck hervorruft und auch vom hygienischen Standpunkte aus nicht gebuldet werden kann, sieht sich der unterzeichnete Gemeinderat gezwungen, dies auf das strengste zu verbieten.

Zuwiderhandlungen werden nach § 366 Ziff. 8 u. 10 des Reichsstrafgesetzbuches bestraft.

Obersteina, am 12. Juli 1928.

Der Gemeinderat.
Pfecher, Bürgermeister.

Freitag, den 13. Juli 1928, sollen zwangsweise gegen Verzählung meißelndem öffentlich versteigert werden:

1. vorm. 11 Uhr in Richtenberg im Oberen Gasthof: 1 Schreibsekretär;
2. nachm. 3 Uhr in Oberlichtenau in dem Gasthof zu den Linden: 30 Hosen, verschiedene Anzugstoffe, Westen, Hemden, Jacken und Wäschehoff.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

Das Wichtigste

Die Regierungsparteien haben einen Gesetzentwurf über die Amnestie eingebracht.

Ueber die Wohnungsnot sprach Reichsarbeitsminister Wiffell im Wohnungsausschuß des Reichstages.

Der Start des Raketenflugzeuges der Raab-Raketenwerke auf dem Fluglande bei Kassel wird bereits in den nächsten Tagen erfolgen.

Nach Meldungen aus Kabul ist das deutsche Flugzeuggeschwader am Dienstag dort eingetroffen. Die deutschen Piloten wurden auf dem Flugplatz von Mitgliedern der Regierung und Vertretern der deutschen Kolonie begrüßt. Die Piloten werden heute vom König empfangen werden.

Wie die Morgenblätter aus Heidelberg ergänzend melden, hat Hauptmann Köhl über dem Grab Ebers auf dem Bergfriedhof noch einen zweiten Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife abgeworfen. Alle Hoffnungen auf Rettung der „Italia“-Mannschaft sind aufgegeben worden.

Wie aus Spitzbergen gerüchweise verlautet, soll einer der russischen Piloten die Malmgreen-Gruppe etwa 25 Seemeilen vom Eisbrecher entfernt beobachtet haben. Nähere Meldungen stehen noch aus.

Nach Meldungen aus Waskan hat der Eisbrecher „Krasin“ seine Fahrt zur Malmgreen-Gruppe aufgenommen. Er will unter allen Umständen versuchen, Malmgreen und seine beiden Leute zu retten.

Die Schwedische Telegraphenagentur teilt mit, daß im Zusammenhang mit der Entdeckung der Malmgreen-Gruppe der schwedische Kriegsminister den Befehl erteilt habe, den Rücktransport des großen Wasserflugzeuges „Uhlant“ aus Spitzbergen einschließlich aufzugeben.

Die Arbeit wurde gestern in Antwerpen allgemein wieder aufgenommen. Irrendwellige Zwischenfälle waren nicht zu verzeichnen.

London hatte am Mittwoch mit 82 Grad Fahrheit (28 Grad Celsius) im Schatten den heißesten Tag in diesem Jahre zu verzeichnen. Die Temperatur in der Sonne betrug gegen Mittag 125 Grad Fahrheit (51 1/2 Grad Celsius).

Nach Meldungen Berliner Blätter aus Santiago sind acht weitere Ueberlebende der Angamoskataklyse, die sich in einem Rettungsboot gerettet hatten, aufgefunden worden.

Ab 1. Oktober Einkommensteuer = Senkung?

Einigung im Steuerauschuß des Reichstages

Kompromiß in der Amnestiefrage — Bundeskanzler Seipel an die deutschen Säger — Eine Unterredung Mussolinis über Südtirol — Vor neuen Kämpfen zwischen Kanting und Mukden

Berlin. Vor der Sitzung des Steuerauschußes des Reichstages am Mittwoch verhandelte Reichsfinanzminister Dr. Hilferding nochmals mit den Parteiführern über die Frage der Einkommensteuerentlastung. Das Ergebnis dieser abschließenden Besprechung war, daß Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum dem Steuerauschuß einen gemeinsamen Antrag vorlegen, wonach der gegenwärtig in Höhe von 15 v. H. bzw. höchstens 2 Mark monatlich erfolgende Abzug vom Steuerbetrag auf 25 v. H. bzw. 3 Mark erhöht werden soll. Unter diese Ermäßigung würden Einkommen bis zu 15 000 Mark jährlich fallen. Daneben soll eine weitere Ermäßigung der Steuerleistung durch eine Abminderung herbeigeführt werden. Die Neuregelung soll ab 1. Oktober in Kraft treten.

Im Steuerauschuß erklärte der Reichsfinanzminister Hilferding, daß er diese Reform der Lohnsteuer für erträglich halte. Er wies darauf hin, daß die Regierung während der Reichstagspause die finanzielle Lage des Reiches dahin prüfen werde, inwieweit eine

Senkung der Steuern bei mittleren Einkommen möglich sei. Hinsichtlich einer Senkung der sogenannten Realsteuern verwies der Minister auf das dem Reichstag vorliegende Steuervereinfachungsgezet.

Für die Deutschnationalen erklärte der Abgeordnete Dr. Rademacher, die Frage der Steuerentlastung müsse von der Ausgabenseite aus angefaßt werden. Sonst bestünde die Gefahr der Umlagerung des Ausfalls auf schwächere Schultern. Aus diesem Grunde könne sich seine Fraktion nicht entschließen, den vorliegenden Anträgen zuzustimmen.

Zur allgemeinen Ueberraschung erklärte in den weiteren Verhandlungen über die Lohnsteuerentlastung ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums, daß die Finanzminister der acht größeren Länder übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen seien, daß

im gegenwärtigen Augenblick eine Senkung der Lohnsteuer als überflüssig bezeichnet

werden müsse, da die Finanzlage der Länder und Gemeinden die Senkung der Lohnsteuer nicht gestatte. Nach dieser Erklärung eines Vertreters der preussischen Regierung gegen den sozialdemokratischen Reichsfinanzminister wurden die Verhandlungen des Steuerauschußes zunächst vertagt.

Auf eine deutschnationale Anfrage teilte Staatssekretär Dr. Popitz mit, es sei beabsichtigt, die gleiche Senkung für die Veranlagten eintreten zu lassen, also auch für die schwer kämpfenden Schichten der Bauern, der Handwerker und der sonstigen Gewerbetreibenden. Länder und Gemeinden hätten nur mit dem ihrem Anteil entsprechenden Teilen an 1,3 Milliarden Reichsmark zu rechnen. Der Betrag wäre ihnen völlig gesichert.

Die Ausprägung.

Für die Deutschnationalen erklärte Dr. Hanemann, der Antrag der Regierungsparteien entspräche ungefähr den früheren Kompromißverträgen. Auf eine Anfrage nach der Tragweite der Anträge antwortete Reichsjustizminister Dr. Koch, daß der „politische Beweggrund“ für die Amnestie maßgebend sein solle, weil nur damit die politische Veruhigung eintrete. Im Prozeß gegen die kommunistische Zentrale sei bisher ein Delikt noch nicht festgestellt worden. Deshalb könne dieser Prozeß nicht unter die Amnestie fallen. Ausländische Spione würden nicht durch das Gesetz betroffen. Die Bayern lehnten durch Dr. Pfeleger die Amnestie aus staatsrechtlichen und politischen Gründen ab. Der Kommunist Stöcker bemerkte, 18 bis 20 proletarische Gefangene, darunter Bötz, würden in den Zuchthäusern verbleiben. Für den Kompromißantrag sprachen sich Dr. Wunderlich (D. Sp.) und Dr. Jöressen (Wirtschaftspartei) aus. Für die Deutschnationalen brachte Dr. Everling einen Antrag seiner Partei ein, der sich für die bestraften Reichsbeamten einsetzt und verlangt, daß entlassene Beamte so behandelt würden, als seien sie in den einstweiligen Ruhestand versetzt, und bei Erreichung der Altersgrenze wie pensionierte Beamte.

Das Kompromiß in der Amnestiefrage.

Annahme des Antrages der Regierungsparteien.

Im Rechtsauschuß des Reichstages wurde bei der Beratung der Amnestie vom Zentrum, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und den Sozialdemokraten ein

Gesetzentwurf eingebracht, der als Kompromiß über die Amnestie dienen soll.

Nach dem Entwurf wird Straferleichterung gewährt für die bei Inkrafttreten des Gesetzes rechtskräftig erkannten und noch nicht verbüßten Strafen, die von Gerichten des Reiches oder der Länder wegen Straftaten verhängt wurden, die aus politischen Beweggründen begangen sind, oder die wegen Zuwiderhandlungen gegen das Militärstrafgeset von Militärgerichten bis zum 1. Oktober 1920 rechtskräftig erkannt sind. Anhängige Verfahren werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 1. Januar 1928 begangen ist, neue Verfahren werden nicht eingeleitet.

Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind: Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist, ferner Verbrechen gegen das Leben und solche Straftaten, zu deren Durchführung der Täter ein Verbrechen gegen das Leben begangen hat. Strafen wegen Verbrechen gegen das Leben werden gemildert. Freiheitsstrafen werden auf die Hälfte herabgesetzt. Dabei tritt an die Stelle von Zuchthaus Gefängnis. Lebenslängliches Zuchthaus wird in Gefängnis von siebenjährig Jahren umgewandelt. Ist bereits ein Gnadenbeweis erfolgt, so tritt die Milderung bei der im Gnadenbeweis festgestellten Strafe ein. Untersuchungshaft und Strafhaft werden auf die gemilderte Strafe angedreht. Enthält eine Gesamtstrafe Einzelstrafen wegen einer Zuwiderhandlung, die unter das Amnestiegesetz fällt, so wird dieser Teil der Gesamtstrafe im Falle des Straferlasses in voller Höhe, im Falle der Strafmilderung zur Hälfte der Gesamtstrafe in Abzug gebracht. Sind wegen des Zusammenstehens mit Zuchthausstrafen wegen der unter das Gesetz fallenden Zuwiderhandlungen in Verbindung einer Gesamtstrafe Gefängnisstrafen in Zuchthausstrafen umgewandelt, so wird die gekürzte Gesamtstrafe in Gefängnis von gleicher Dauer umgewandelt.

Die Ausprägung.

Für die Deutschnationalen erklärte Dr. Hanemann, der Antrag der Regierungsparteien entspräche ungefähr den früheren Kompromißverträgen. Auf eine Anfrage nach der Tragweite der Anträge antwortete Reichsjustizminister Dr. Koch, daß der „politische Beweggrund“ für die Amnestie maßgebend sein solle, weil nur damit die politische Veruhigung eintrete. Im Prozeß gegen die kommunistische Zentrale sei bisher ein Delikt noch nicht festgestellt worden. Deshalb könne dieser Prozeß nicht unter die Amnestie fallen. Ausländische Spione würden nicht durch das Gesetz betroffen. Die Bayern lehnten durch Dr. Pfeleger die Amnestie aus staatsrechtlichen und politischen Gründen ab. Der Kommunist Stöcker bemerkte, 18 bis 20 proletarische Gefangene, darunter Bötz, würden in den Zuchthäusern verbleiben. Für den Kompromißantrag sprachen sich Dr. Wunderlich (D. Sp.) und Dr. Jöressen (Wirtschaftspartei) aus. Für die Deutschnationalen brachte Dr. Everling einen Antrag seiner Partei ein, der sich für die bestraften Reichsbeamten einsetzt und verlangt, daß entlassene Beamte so behandelt würden, als seien sie in den einstweiligen Ruhestand versetzt, und bei Erreichung der Altersgrenze wie pensionierte Beamte.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Vund der Frauenvereine.) Am vergangenen Montag, den 9. Juli, nachm. 3 Uhr, fand im Fremdenhof Lehmann zu Kamenz die Hauptversammlung des Bundes der Frauenvereine in der Amtshauptmannschaft Kamenz statt, die außerordentlich gut besucht war, u. a. auch von den Herren Amtshauptmann Dr. Siebert und Superintendent Dr. Schröder. Die Vorsitzende Frau Pfarrer Schulze-Pulsnitz sprach ein herzliches Begrüßungs- und Dankeswort, dabei betonend, daß der Bund gerade jetzt 10 Jahre besteht. Den Jahresbericht gab der Schriftführer. Ueber die Stellung der Frau in der Heidenmission, wie die neue Zeit sie gebieterisch fordert, sprach Herr Oberkirchenrat Michael Dippoldiswalde, dabei die Wichtigkeit der Missionsarbeit in unseren Tagen hervorhebend. Den ganz auf die Frauenvereinsarbeit eingestellten Hauptvortrag hielt Frau Pfarrer v. Funke-Debnitz über: „Neue Zeiten — neue Ziele“; sie ließ sich dabei leiten von dem Wort: „Am guten Aiten in Treue halten, am kräftigen Neuen sich stärken und freuen!“ In der folgenden Aussprache kam mehrfach das soziale Moment der Frauenvereinsarbeit zur Geltung. Gerade auf diesen Punkt wies am Schluß noch die Leiterin der Versammlung hin, indem sie sehr warm den Wandertourismus für Hauskrankenpflege empfahl und indem sie auf ein Neuland der Frauenvereine hinwies, nämlich auf die Hauspflege, um deren Inangriffnahme sie dringend eruchte. Mehr interne Angelegenheiten des Bundes wurden am Schluß er-

